

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität

12. Sitzung
28. September 2022

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 11.31 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Kristian Ronneburg (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird durch Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) repräsentiert. Ferner sind Frau Eva Kreienkamp (Vorstandsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe) zu Tagesordnungspunkt 1 sowie Herr Christian Erhart zu Tagesordnungspunkt 4 (SenUMVK) anwesend.
- Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live in einen Übertragungsraum des Abgeordnetenhauses sowie auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.
- Der Vorsitzende weist auf das Abstandsgebot sowie die Personenobergrenze für die Sitzungssäle hin.
- Der Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass die Anhörung unter Tagesordnungspunkt 1 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen vor dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Viertelstunde“ stattfinden werde.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0088](#)
Mobil
9-Euro-Ticket – Welche Bilanz ziehen der Senat und die Verkehrsunternehmen?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0098](#)
Mobil
Ausblick auf eine Übergangs- und Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 Satz 4 GO Abghs.

Herr Abg. Ronneburg (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 1 a) für die antragstellenden Fraktionen.

Auf eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 1 b) wird durch die antragstellenden Fraktionen verzichtet.

Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) nimmt – gemeinsam mit Frau Kreienkamp (Vorstandsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe) – einleitend Stellung.

Hiernach wird Herr Peter Buchner, Vorsitzender der Geschäftsführung, Geschäftsführer Marketing, S-Bahn Berlin GmbH, angehört.

Im Rahmen der Beratung beantwortet der Anzuhörende Herr Buchner (S-Bahn Berlin GmbH) gemeinsam mit Frau Kreienkamp (BVG) Fragen der Ausschussmitglieder. Im Anschluss daran vertagt der Ausschuss einvernehmlich Punkt 1 a) und b) der Tagesordnung, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) beantwortet gemäß Punkt 4 Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses folgende im Vorfeld der Sitzung eingereichte schriftliche Fragen der Fraktionen und Nachfragen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs:

- „Warum wurde für das neue Rufbus-Angebot Muva der BVG eine separate App entwickelt und warum wurde der neue Service nicht in die bestehenden App-Angebote der BVG integriert?“
(FDP)
- „Wie bewertet der Senat eine mögliche Verlängerung der Tram von der Turmstraße bis zur Jungfernheide mit straßenbündiger Gleisführung?“
(CDU)
- „Welche den Verkehrsfluss verbessernde Maßnahmen hat der Senat in Abstimmung mit der Autobahn GmbH ergriffen, um in den kommenden 4 Wochen Kernbauzeit auf der A 111 in Reinickendorf, Borsigwalde und Tegel Verkehrschaos und Staus zu minimieren?“
(AfD)
- „Vor dem Hintergrund der Sanierung der Eisenacher Straße in Marzahn-Hellersdorf, die bis 2025 dauern soll, und um die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, wie weit sind die Vorbereitungen für den Ersatzneubau der Hellersdorfer Brücke?“
(Die Linke)
- „Ist vor dem Hintergrund der Erhöhung des Mindestlohns zum 1.10. mit einer baldigen Erhöhung des Taxitarifs zu rechnen?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0177
Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Straßengesetzes – Vereinfachung des Erlaubnisverfahrens für die Einrichtung von Baustellen | 0031
Mobil
StadtWohn(f) |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Novelle des Straßengesetzes zur Beschleunigung und Absicherung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP) | 0086
Mobil |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.09.2022

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 14. September 2022 vor.

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) wurde bereits in der 10. Sitzung des Ausschusses am 31. August 2022, der Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) in der 11. Sitzung am 14. September 2022 begründet. Auf eine erneute Begründung wird seitens der antragstellenden Fraktionen verzichtet.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen auch Frau Dr. Niedbal (SenUMVK) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Zu Punkt 3 a) wird die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/0177 – empfohlen.

(mehrheitlich mit SPD, GRÜNE, LINKE gegen CDU, AfD, FDP).

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zugeleitet.

- Die Besprechung zu Punkt 3 b) der Tagesordnung wird – auf Antrag des Herrn Abg. Schulz (SPD) – einvernehmlich vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0431

[0094](#)
Mobil

Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Frau Staatssekretärin Dr. Niedbal (SenUMVK) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0431.

Im Anschluss empfiehlt der Ausschuss unter Verzicht auf eine Aussprache (einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen), die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0431 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich einen ersten Entwurf für eine Tagesordnung einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg am 11. November 2022 in Potsdam.

Die nächste (13.) Sitzung des Ausschusses für Mobilität findet am Mittwoch, dem 12. Oktober, um 9.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Kristian Ronneburg

Alexander Kaas Elias